

GEMEINSAME AGRARPOLITIK VOR DEM HINTERGRUND DER ERWEITERUNG - PERSPEKTIVEN DER LANDWIRTSCHAFT IM ALPENRAUM

**ANDRÄ GEORG RUPPRECHTER, BUNDESMINISTERIUM FÜR LAND-
UND FORSTWIRTSCHAFT, UMWELT UND WASSERWIRTSCHAFT**

Symposium "Leben und Wirtschaft im Alpenraum"
zum Jubiläum „30 Jahre Arge Alp“
am 11. Oktober 2002 in Telfs/Tirol

Zunächst einmal möchte ich mich herzlich für die Einladung zu diesem Symposium "Leben und Wirtschaft im Alpenraum" bedanken. Diese Veranstaltung anlässlich des 30-jährigen Bestehens der Arbeitsgemeinschaft Alpenländer hat gerade auch vor dem Hintergrund des Internationalen Jahres der Berge der Vereinten Nationen höchste Aktualität.

In dieser Vormittagssession wird die Alpenregion im Spannungsfeld von Interessen behandelt. Wir haben eben zwei dieser sehr dynamischen und ausgesprochen konfliktreichen Spannungsfelder behandelt:

- In der Daseinsvorsorge wurde die Frage erörtert: können wir Äpler den globalisierten Wettbewerbsbedingungen noch Stand halten?
- Und hinsichtlich der Grenzen der Mobilität haben wir gefragt, ob das Wort von Altlandeshauptmann Wallnöfer heute noch gilt: "Wo Verkehr ist, da ist Leben."

Und nun sollen wir uns mit der Landwirtschaft auseinander setzen, jenem Wirtschaftszweig, der wohl wie kaum ein anderer für diesen Alpenraum prägend und charakteristisch ist.

Sie haben uns die Aufgabe gestellt, über die Gemeinsame Agrarpolitik vor dem Hintergrund der Erweiterung der Europäischen Union zu referieren und Entwicklungsperspektiven für die Landwirtschaft im Alpenraum aufzuzeigen.

Ich darf das tun, nicht nur als Vertreter des Agrar- und Umweltministeriums aus Wien, sondern ich darf das auch tun als Äpler und als Jemand, der selbst aus der Berglandwirtschaft abstammt. Ich wurde in Brandenburg als Kind einer Bergbauernfamilie geboren und habe die Berglandwirtschaft in all ihren Facetten kennen gelernt und weiß daher,

Landwirtschaft im Alpenraum

- ist harter Alltag,
- ist täglicher Kampf und Ringen gegen die Gewalten der Natur,
- heißt der Natur ihre Früchte abgewinnen, ja abringen,
- heißt auch den Gewalten im besonderen Maße ausgesetzt zu sein.

Dieses Jahrhunderte, eigentlich können wir sagen Jahrtausende lange Exponiertsein, hat aber auch die Menschen hier geprägt und zu etwas Besonderem werden lassen. Vielleicht auch in dem Bewusstsein, dass wir hier heroben dem Herrgott ein bisschen näher sind. Und wenn ich schon beim Herrgott angekommen bin, fällt mir die Geschichte ein, von dem deutschen Gast, der während seines Sommerurlaubes bei der Wanderung stehen bleibt und

einem Bergbauern bei der Feldarbeit zuschaut und nach längerem zu ihm sagt, "Das haben sie ja wirklich schön hergerichtet dieses Land, sie und der Herrgott".

"Ja" sagt darauf der Bauer "ist recht, aber sie hätten's sehen sollen, wie es wird, wenn ich's dem Herrgott alleine überlass".

Ich glaube, das sagt wirklich viel aus und mir scheint auch der Vergleich mit dem Rohling, den der liebe Gott hergestellt hat, sehr gut zu sein, der erst durch die Bauernarbeit zum edlen Diamanten und der wunderschönen Landschaft geschliffen wurde.

Vor zwei Wochen hat in St. Johann i.P. der Europäische Bergbauernkongress getagt und bei der Eröffnung wurde eine sehr anschauliche Simulation gebracht, die zeigte, was passieren würde, wenn die Bergmäher und Wiesenhänge zuwalden würden. Es gibt ja auch genug solche Beispiele, wo man sich das im Lokalausgang vor Ort ansehen kann, was passiert, wenn die Bauern aufhören in diesen schwierigen Lagen zu wirtschaften und sich der Wald wieder das zurückholt, was ihm vor Jahrhunderten abgerungen wurde.

Erst vor kurzem habe ich in Slowenien die Region Kočevje besucht, wo vor 600 Jahren Gottscheer Deutsche Grenz- und Wehrbauern angesiedelt wurden. Nach deren Vertreibung in den 30iger Jahren im letzten Jahrhundert, sind die Dörfer einfach zugewachsen. Wenn man heute durch die Wälder streift, dann findet man immer wieder Ruinen dieser ehemaligen Siedlungen und der Wald geht bis in Tal herab.

Das bringt mich auch zum eigentlichen Kernthema.

Die Erweiterung der Union ist zweifellos zu Beginn dieses Jahrhunderts das größte politische Projekt auf diesem Kontinent mit historischen Dimensionen. Es ist auch nicht vergleichbar mit der letzten Erweiterungsrunde, als Österreich beigetreten ist. Und gerade für Österreich hat dieses Projekt besondere Bedeutung.

Österreich hat schließlich die längste Grenzlinie zu Beitrittskandidatenländern, woraus unsere langjährige Erfahrung erwächst, Grenzland entlang der Willkürgrenze des Eisernen Vorhangs nach dem II Weltkrieg zu sein und am Rand zu stehen.

Und wenn wir uns mit der Frage auseinander setzen, welche Rolle in Europa können wir und welche Rolle wollen wir spielen, vor dem Hintergrund der jüngsten Veränderungen in Europa in den letzten 10 - 15 Jahren, dann rückt sehr rasch der Blick auf die Mitte des Kontinentes. Denn es ist sicher richtig festzustellen, dass die Geschicke des Kontinentes sich immer in Mitteleuropa entschieden haben. Denn die historische Erfahrung hat gezeigt, dass die Mitte des Kontinentes besondere Bedeutung für diesen Erdteil hat.

Alles was in Europa passiert, ist in der Mitte besonders virulent, besonders kreativ und auch besonders gefährlich. Nicht die Fragen der Grenzen ist dabei so sehr wichtig, wo liegt diese Mitte, sondern der Zustand der Mitte ist entscheidend.

- Es geht um die Frage, gibt es Offenheit, Durchlässigkeit oder bestimmen Trennlinien oder sogar Eisene Vorhänge das Geschehen.
- Es geht um die Frage, ist Austausch und Kommunikation möglich und kann man sich verständigen, oder stehen wir uns verständnislos gegenüber.

Die Mitte war in ihrem Befinden immer entscheidend für die Befindlichkeit des gesamten Kontinentes. Als 1945 in Jalta und Potsdam die Trennlinie gezogen wurde, hat der Kontinent de facto aufgehört zu bestehen. Wenn wir heute daran sind, diese Trennung zu überwinden

und Europa wieder entstehen zu lassen, es zu integrieren, dann wird sich dies in der Mitte des Kontinentes entscheiden.

Wir haben zwar die Schrecken des Kommunismus, die kollektivistische Zwangswirtschaft, die Terrorherrschaft einer unmenschlichen Diktatur überwunden, von einem gemeinsamen Europa sind wir aber tatsächlich noch weit entfernt.

Den Auftrag dafür auch aus christlicher Verantwortung hat Papst Johannes Paul der II. formuliert, in dem er gesagt hat, wir müssen aus der westeuropäischen Wohlstandsinsel eine gesamteuropäische Zone der Gerechtigkeit und des Friedens machen. Dazu braucht es viel Mut zum Brücken bauen.

Es ist aus meiner Sicht eine Verantwortung unserer Generation, wir sind es unseren Eltern schuldig, die im Westen Europas den Wiederaufbau erfolgreich geschafft haben, und wir sind es der Zukunft unserer Kinder verpflichtet, denn nur dort, wo die Menschen ein wirtschaftliches Auskommen haben, wo sie frei sind, wo sie eine Perspektive für die Zukunft haben, wächst kein Hass, kein Neid, keine Missgunst und ist kein Platz für Polarisierung und Populismus.

Es geht auch nicht darum Almosen zu geben, sondern Hilfe zur Selbsthilfe um den Menschen im Osten Europas die Hoffnung zu geben, dass sie den Unterschied in Einkommen und Wohlstand aus eigener Kraft mit unserer Unterstützung ausgleichen können. Es geht darum so zu helfen, wie uns geholfen wurde, als etwa im Marschallplan von 1948 - 1953 immerhin eine 1 Mrd. US-Dollar nach Österreich geflossen sind, in Form von Waren, Lebensmittel und Produkten.

Und dabei kommt tatsächlich Österreich eine besondere Rolle und Bedeutung zu. In unserer Bundeshymne heißt es "liegst dem Erdteil du inmitten". Wir haben diese Verantwortung auch aus unserer geschichtlichen Verbundenheit, aus unserer gemeinsamen Vergangenheit und aus unserer gemeinsamen Erfahrung und geopolitischen Lage in der Mitte des Kontinentes.

Wir können heute auch davon ausgehen, dass diese Erweiterung 2004 oder spätestens 2005 ein Faktum sein wird. Vorgestern haben wir die Fortschrittsberichte der Europäischen Kommission mit einer Empfehlung über jene Beitrittskandidaten, welche bereits 2004 als Mitglied aufgenommen werden sollen, erhalten. Der Europäische Rat von Brüssel wird die Eckpunkte festlegen und es ist das Ziel bis Ende dieses Jahres die Beitrittsverhandlungen abzuschließen.

Auch und gerade die Landwirtschaft wird dabei wieder eine sehr wesentliche Rolle spielen, schließlich ist die Gemeinsame Agrarpolitik die größte vergemeinschaftete Politik der Union und etwa die Hälfte des EU-Budget fließen in diese Politik. Die Landwirtschaft hat in den mittel- und osteuropäischen Beitrittsländern auch ein sehr viel höheres Gewicht als in der derzeitigen EU der 15.

Den 20 % der Erwerbstätigen in den Beitrittsländern stehen 5 % der Union gegenüber, d.h. auch dass die landwirtschaftliche Erwerbsbevölkerung sich verdoppeln wird. 9 % des Bruttoinlandsprodukts in den mittel- und osteuropäischen Ländern entfallen heute noch durchschnittlich auf die Landwirtschaft. In der EU 15 sind es nur mehr 2,4 %. Die landwirtschaftliche Nutzfläche der Union wird sich um 60 Mio. ha auf 200 Mio. ha vergrößern und die Zahl der Verbraucher wird um 100 Mio. zunehmen auf fast 500 Mio. Menschen.

Daher müssen wir uns mit der Frage auseinandersetzen, welche Auswirkungen hat diese Erweiterung auf unsere Landwirtschaft und vor allem, wie müssen wir vorgehen, dass wir die Chancen der Erweiterung tatsächlich nutzen können und verhindern, dass die Risiken und Gefahren die Landwirtschaft bei uns zu Schaden bringen.

Deshalb haben wir auch gemeinsam mit dem WIFO und den Experten und Vertretern der Landwirtschaftskammer und Wirtschaftskammer die Auswirkungen auf die heimische Landwirtschaft eingehend analysiert. Aufbauend auf diesen Arbeiten hat Minister Molterer

eine Strategie vorgegeben, wie wir vor dem Hintergrund der Erweiterung der Landwirtschaft positive Entwicklungsperspektiven geben können.

Lassen sie mich daher auf die zentralen Eckpunkte dieser Strategie eingehen, die auch die Landwirtschaft im Alpenraum im Besonderen berücksichtigt.

1. Landwirtschaft ist Lebenswirtschaft

Das ist auch das besondere Spezifikum und Charakteristikum dieses Wirtschaftszweiges, der tägliche Umgang mit dem Leben. Landwirtschaft ist täglicher Eingriff in die Natur. Wir nützen die Möglichkeiten der Reproduktion und die Möglichkeit, die uns die Schöpfung gegeben hat. Wir müssen uns das wieder stärker vergegenwärtigen und in Erinnerung rufen.

Zugleich dürfen wir auch nicht vergessen, dass der Mensch im Mittelpunkt steht, d.h. dass es nicht nur um Wirtschaft, um einen reinen Wirtschaftssektor geht, sondern um das gesamte sozioökonomische System. Hier gilt auch was zum Spannungsfeld Sozialstaat und Wettbewerb gesagt wurde. Wir dürfen nicht vergessen, dass es auch um Kultur geht, um die Gestaltung des Lebens und die Menschenwürde, ja letztlich auch um die Seele und das Wohlbefinden der Menschen. Um ihre Identität, ihre Hoffnungen, Erwartungen und Sorgen.

2. Der Bauer ist Unternehmer

Der Bauer gerade hier im Alpenraum war immer mittel-ständischer Unternehmer. Unternehmer sein heißt, selbständig und selbstverantwortlich sein. Der Erfolg hängt vom eigenen Geschick ab. Erfolg hängt von der eigenen Kraft und von der Leistung ab. Unternehmer sein hat auch etwas mit Eigentum zu tun und mit Verantwortlichkeit "Von nichts kommt nichts". Aus dem Eigentum resultiert natürlich eine besondere Verantwortung, das gilt im besonderen Maße beim Eigentum von Grund und Boden. Die Bauern sind sich dieser Verantwortung bewusst, gleichzeitig muss die Gesellschaft auch das Eigentum schützen. Es ist dies sogar ein unverbrüchliches Menschenrecht.

Nachhaltiges Wirtschaften heißt nicht von der Substanz leben, das ist ein zutiefst bäuerliches Prinzip. Und es ist natürlich klar, dass der Bauer als Unternehmer im Wettbewerb steht. Der Bauer ist heute aber nicht nur Unternehmer im Primärsektor der Urproduktion, sondern mehr und mehr auch Dienstleister in der Dienstleistungsgesellschaft. Wir haben mit dem Projekt des bäuerlichen Familienunternehmens (BFU) einen massiven Schwerpunkt unserer Ausbildungsoffensive auf diesen Aspekt gesetzt.

3. Die Landwirtschaft unterliegt beständig dem Wandel.

Am besten ist dieser Wandel wohl an Hand der Verbrauchsausgaben der einzelnen Haushalte darzustellen. Waren vor 30 Jahren noch mehr als 30 % des Haushaltseinkommens für Lebensmittel ausgegeben worden, so ist dies heute in den westlichen Industrieländern und in Österreich bei 13,2 %. Es handelt sich also um einen deutlich schrumpfenden Markt. In Osteuropa sind Werte zwischen 20 und 30 % durchaus noch vorherrschend.

Gleichzeitig gibt es das dynamisch wachsende Segment der Ausgaben für Erholung, Freizeit, Sport und Hobby, das sind heute schon fast 13 % und zusammen mit Ausgaben für Restaurant, Kaffee und Alkoholika stellt dies bereits das größte Ausgabensegment mit 20,6 % dar. Das ist also ein sehr dynamisch wachsender Markt.

Die klare Schlussfolgerung für die Landwirtschaft muss daher sein, dass sie diversifizieren muss, um sich an diesem wachsenden Segment beteiligen zu können, und um mehr auch die Einkommensbildung aus diesem Segment lukrieren zu können. Mit der Diversifizierung der Agrarpolitik, mit dem ländlichen Entwicklungsinstrumentarium versuchen wir diesem Anspruch gerecht zu werden und uns verstärkt in diese Richtung auszurichten.

Stichworte:

- Urlaub am Bauernhof,
- Kooperation und Maschinenringe, bis hin zum Kommunaldienst,
- Energie- und Ressourcennutzung (nachwachsende Rohstoffe und Energieträger; langfristig auch die Nutzung der Ressource Wasser)
- Pflegedienstmodelle.

4. Das Europäische Landwirtschaftsmodell

Das Europäische Landwirtschaftsmodell wurde vom Europäischen Rat in Luxemburg definiert, demnach ist die Landwirtschaft

- multifunktionell,
- nachhaltig,
- wettbewerbsfähig und
- flächendeckend.

Es muss unser Ziel sein, dieses Europäische Landwirtschaftsmodell auch in die neue Europäische Verfassung einzubinden.

5. Eine Gemeinsame Agrarpolitik muss erhalten bleiben

Die Ziele für die Gemeinsame Agrarpolitik sind im Vertrag, damit in der Konstitution, zugrunde gelegt. Sie ist die Voraussetzung für den Gemeinsamen Markt. Auch die Gemeinsame Finanzierung und die Präferenz für gemeinschaftliche Produkte sind im Vertrag zugrunde gelegt.

Die Integration der Gemeinsamen Agrarpolitik stand am Beginn der Europäischen Gemeinschaften und jeder Schritt weg von einer gemeinsamen Politik, jede Renationalisierung, würde zu Desintegration und Destabilisierung führen. Die Ziele der Gemeinsamen Agrarpolitik wurden auch weitestgehend erfüllt. Mit dem Europäischen Landwirtschaftsmodell sind zusätzliche Aufgabenstellungen klar definiert worden.

Die Notwendigkeit einer Gemeinsamen Agrarpolitik ist auch in Zukunft gegeben. Dies ist auch eine klare Absage an die grenzenlose Liberalisierung. Denn die Erfahrung hat gezeigt, immer dann, wenn das Laisser faire Prinzip, die Liberalisierung in der Landwirtschaftspolitik, angewendet wurde, kam es zum größten Bauernsterben in der Geschichte, zur Überschuldung und zum Abwandern aus diesem Sektor.

So zeigt uns etwa die Geschichte des letzten Jahrhunderts, dass in Österreich während der 10-jährigen Herrschaft der deutschliberalen Partei, welche Anfang der 20iger Jahre im Landwirtschaftsbereich das Sagen hatte, es das größte Bauernsterben in der Geschichte gegeben hat. Mehr als 100.000 Bauern sind damals abgewandert und die Verschuldung der Landwirtschaft ist explodiert. Die Preise und damit das bäuerliche Einkommen fielen ins Bodenlose und haben zu einer Verelendung in den ländlichen Regionen geführt.

Mit diesen Rezepten der Vergangenheit können wir sicher nicht die Aufgaben der Zukunft bewältigen. Wir brauchen sicher keine Britannisierung der Europäischen Landwirtschaft bei uns.

6. Das Direktzahlungsinstrumentarium ist unverzichtbar in den Marktordnungen

Das 1992 eingeführte Instrumentarium der Direktzahlungen in den agrarischen Marktordnungen ist unverzichtbar für die Aufrechterhaltung des Europäischen Landwirtschaftsmodells. Heute stellen diese Maßnahmen 63 % der Ausgaben in den Marktordnungsbereichen dar. Nicht mehr Exportstützungen und Interventionsausgaben sind im Vordergrund, sondern direkt an die Landwirte ausbezahlte Transferleistungen.

Diese Zahlungen sind eine wesentliche Voraussetzung für effiziente Mengenregulative ohne die die agrarischen Märkte nicht im Gleichgewicht gehalten werden können. Seit der Reform der Agenda 2000 sind diese Zahlungen an die Einhaltung entsprechender Mindeststandards gebunden, wir nennen das in der Fachsprache die Crosscompliance.

Wenn nunmehr darüber nachgedacht wird, im Rahmen der Halbzeitbewertung die Direktzahlungen zu modulieren, so stehen wir diesem Prinzip offen gegenüber, jedoch ist es aus unserer Sicht notwendig, die Fixkostendegression stärker zu berücksichtigen und die kleineren Betriebe von dieser Modulation auszunehmen.

Da ist es auch wesentlich festzuhalten, dass diese Modulation nicht zu einem Phasing-Out der Direktzahlungen führen darf. Wir werden diese Direktzahlungen dauerhaft benötigen, da das Europäische Landwirtschaftsmodell dauerhaft nicht mit amerikanischen und überseeischen Großbetrieben konkurrieren wird können.

7. Wir brauchen geordnete Märkte

Die Mengenregulative in den diversen Marktordnungen wie die Flächenstilllegung im Ackerbau, die Quotenregelung in der Milchproduktion und die Quoten in der Rinderhaltung sind eine unverzichtbare Voraussetzung für die Aufrechterhaltung geordneter Märkte. Mit diesen Regelungen ist es möglich geworden, die Milchseen und Butterberge, die vollen Getreidelager und Interventionsbestände abzubauen. Wir haben heute ausgeglichene Märkte und dies ist auch eine Grundvoraussetzung für die Aufrechterhaltung einer landwirtschaftlichen Produktion in den alpinen Regionen.

Wir sind überzeugt davon, dass nur mit der Beibehaltung der Milchquotenregelung eine Bewirtschaftung der alpinen Regionen möglich ist. Denn nur so können wir sicherstellen, dass aus der landwirtschaftlichen Produktion, aus der Milcherzeugung eine sinnvolle Verwertung des Grünlandes in den Alpenregionen aufrechterhalten bleiben kann.

Und ich betone, dass wir überzeugt davon sind, dass die Milchproduktion und die Grünlandbewirtschaftung, dass dieser Leistungs- und Bewirtschaftungsbezug, von grundlegender Bedeutung für die Identität und des Selbstverständnis der Landwirtschaft in der Alpenregion ist. Wir dürfen den Bauern ihren Stolz nicht nehmen, etwas lebensnotwendig Wichtiges für die Gesellschaft hervorzubringen.

Die Bauern in den Alpenregionen dürfen nicht reduziert werden nur auf bloße Landschaftsgärtner, sondern die Erzeugung von Lebensmittel wird auch in Zukunft ein maßgeblicher Bestandteil der bäuerlichen Einkommensbildung sein müssen, dazu brauchen wir auch die entsprechenden Rahmenbedingungen.

Ich bin daher auch nicht glücklich mit der Formulierung der alpenspezifischen Ziele und Maßnahmen, die die Arbeitsgemeinschaft der Alpenländer definiert hat, wenn es

dort etwa heißt, dass das starre System der EU-Produktionsquoten für Milch im Alpenraum gemildert werden soll. Die Alpenländer sollten die letzten sein, die am System der Milchquotenregelung rütteln. Ich darf sie daher auffordern, diese Zieldefinition zu überdenken und durch ein klares Bekenntnis zur Milchquotenregelung zu ersetzen.

8. Die ländliche Entwicklung

Wenn es um die Zukunftsperspektive für die Landwirtschaft im Alpenraum geht, dann dürfen wir uns nie nur auf die reine Agrarpolitik, die Marktordnungen stützen, sondern wir müssen klar vor Augen haben, dass lebenswerte ländliche Regionen eine dynamische Wirtschaft im ländlichen Raum und eine funktionierende lebendige Dorfgesellschaft die wichtigste Grundvoraussetzung für die Aufrechterhaltung der Bewirtschaftung sind.

Das was seit der Agenda 2000 nunmehr, mit der ländlichen Entwicklung als die 2. Säule in der Gemeinsamen Agrarpolitik eingeführt wurde, hat in Österreich bereits lange Geschichte: Bereits in den 70er Jahren hat Sixtus Lanner vom ländlichen Raum gesprochen, und mit der Einführung der ökosozialen Agrarpolitik von Landwirtschaftsminister Riegler Mitte der 80er Jahre wurde dieser Wege konsequent in Österreich umgesetzt.

Wir sind heute führend auf diesem Gebiet und wenn die ländliche Entwicklung nunmehr auch in der Gemeinsamen Agrarpolitik erkannt wurde, so kommt es nicht von ungefähr, wenn wir auch in der Ausnutzung der entsprechenden Mittel eine Vorreiterrolle einnehmen.

Der österreichische ländliche Entwicklungsplan, der in der Periode von 2000 - 2006 angewendet wird, umfasst jährlich eine 1 Mrd. €, wobei mehr als die Hälfte dieses Planes für agrarische Umweltprogramme ausgegeben werden. Neben dem ÖPUL nimmt die Ausgleichszulage für Bauern in benachteiligten Gebieten eine klare Prioritätenstellung ein. Und es ist hier auch klar zu machen, es geht um Zahlungen für konkrete Gegenleistungen. Es geht nicht um Almosen, um Sozialleistungen, sondern es geht um eine klare vertragliche Abgeltung von Leistungen, die genau definiert sind. Hier werden wir uns auch überlegen müssen, ob wir etwa die mögliche Obergrenze für die Ausgleichszulage nicht auch im Rahmen der jetzigen Halbzeitbewertung deutlich anheben sollten. Wir werden aber auch weiterhin Anstrengungen im Bereich der einzelbetrieblichen Investitionen und der Unterstützung von Kooperationen als Priorität festlegen müssen und auch die Infrastrukturmaßnahmen, Vermarktungskoooperativen gehören zu den Kapiteln der ländlichen Entwicklung, die ausgebaut werden müssen

9. Lebensmittelsicherheit und Qualität

Bauern erzeugen Lebensmittel und Lebensraum. Wenn es nunmehr darum geht im Zuge der Erweiterung gleiche Mindeststandards, Hygienebedingungen, Veterinärstandards, Tierschutz, Tierhaltungsregeln und Mindestbestimmungen für das Wohlergehen der Tiere festzulegen, dann ist es sicherlich im Sinne und Interesse der Aufrechterhaltung der Bewirtschaftung im Alpenraum. Je höher die Mindeststandards gehalten werden, desto eher können wir faire Wettbewerbsbedingungen zu Wege bringen. In der ökologisch sensiblen Alpenregion findet die Landbewirtschaftung zwangsläufig unter höheren Standards statt.

Wir müssen daher auch alle Möglichkeiten der regionalen Vermarktung, der gemeinsamen Vermarktung unter Nutzung der Regeln über Ursprungsbezeichnungen und Qualitätsproduktion nutzen und diese auch entsprechend unterstützen. Dazu

gehört auch, dass wir in der regionalen Vermarktung vor allem für Kleinvermarkter entsprechende Erleichterungen vorsehen. Ich bin auch überzeugt, dass durch die Nähe zwischen Bauern und Konsument in der direkten Vermarktung der Grad der Selbstverantwortlichkeit wesentlich höher ist und daher von vorne herein überbürokratische Kontrollmechanismen hinfällig sind. Es dürfen Gewerbeordnung und Hygienekontrolle nicht dazu führen, dass wir die Möglichkeiten der Direktvermarktung unterbinden, sondern im Gegenteil, wir müssen danach trachten, diese Formen der Vermarktung bestmöglich zu unterstützen.

10. Die Finanzierung ist sicherzustellen

Lassen sie mich abschließend auch noch auf den Aspekt der Finanzierung der Gemeinsamen Agrarpolitik zu sprechen kommen. Es heißt immer die Landwirtschaft ist zu teuer, es wird auf den Anteil von 50 % der Haushaltsausgaben der Europäischen Union verwiesen und gesagt, mit zunehmenden Aufgabenstellungen kann es nicht mehr sein, dass die Europäische Union etwa die Hälfte ihres Budgets für die Landwirtschaft ausgibt.

Nun, nichts ist so grundlegend falsch, wie diese Aussage. Es hat letztlich einen Grund, warum der Haushaltsanteil für die Landwirtschaft so groß ist, letztlich gibt es nur wenige voll integrierte Politikbereiche in der Europäischen Union. Es gibt eben derzeit noch keine Sozialunion, es gibt keine Gemeinsame Bildungspolitik, es gibt keine Gemeinsame Forschungspolitik, es gibt keine Gemeinsame Gesundheitspolitik, genau so wenig wie es eine Gemeinsame Außenpolitik gibt. Und das kann man wohl nicht der Landwirtschaft zum Vorwurf machen.

Es ist auch ein anderer Vergleich heranzuziehen: Lassen sie mich die Haushaltsausgaben für die Landwirtschaft in der EU und in den Mitgliedstaaten in Relation zum Bruttosozialprodukt setzen, dann kommen wir auf 0,6 %. Ein Vergleich dazu: in den USA ist dieser Wert 1,5 % des Bruttosozialprodukts. Und wenn sie noch einen Vergleich wollen, nehmen sie alle Militärausgaben der Mitgliedstaaten der Europäischen Union zusammen, dann kommen wir auf 1,7 % des Bruttosozialprodukts. Also fast das Dreifache geben wir in der Europäischen Union für militärische Sicherheit aus, als für die Nahrungsmittelvorsorge und gepflegte Landschaft.

Ich finde auch mit einem Ausgabenrahmen von 117 € pro Kopf und Jahr, was 10 € pro Monat und Unionsbürger ausmacht, handelt es sich bei der Gemeinsamen Agrarpolitik um eine äußerst effiziente und ich würde sogar sagen, sehr günstige Politik. Und abschließend auch noch eine Bemerkung zur sehr hochstilisierten Frage der Finanzierung der Erweiterungskosten: die Erweiterung im Landwirtschaftsbereich kostet jeden Unionsbürger 70 Cent pro Monat, damit sollte eigentlich alles gesagt sein.

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Landwirtschaft und der ländliche Raum in Europa waren bisher ein starker Integrationsfaktor in der europäischen Einigung und ich bin überzeugt davon, dass die Gemeinsame Agrarpolitik auch in der jetzigen Phase der Einigung Europas diese Integrationskraft beibehalten wird.

Die Bauern und ihre Familien, vor allem auch unter den schwierigen Rahmenbedingungen der Bewirtschaftung des Alpenraums, haben ein Recht auf Fairness, sie haben Recht auf Planbarkeit und Berechenbarkeit der Agrarpolitik und sie haben ein Recht auf Anerkennung ihrer Leistungen.

Österreich kann durch sein Beispiel und die aktive Mitwirkung an der Integration und der Vereinigung Europas mit dazu beitragen, dass dem europäischen Kontinent ein Gesicht gegeben wird, in dem wir eine starke lebendige Mitte darstellen können. Und gerade hier im Alpenbogen ist ein starker bäuerlicher Mittelstand für das Leben und Wirtschaften unverzichtbar.